

Ökonomie (in) der Veränderung

- Fassung 2008 -

Einleitung:

Die LAG Wirtschaft Berlin beschäftigt sich seit mehr als einem Jahrzehnt mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft und einer daraus resultierenden grünen Programmatik. Besonderes Tempo hat die Umbruchs- und Reformdebatte seit dem Jahrtausendwechsel bekommen, verstärkt weiter durch die Agenda 2010, den Reform-Verteidigungs-Wahlkampf 2005 und die letztjährige Debatte um das sog. bedingungslose Grundeinkommen.

Anders als im breiten gesellschaftlichen Mainstream reflektiert haben wir dabei die gravierenden Veränderungen durchgängig nicht als „neoliberalen“ Durchsetzungsprozess gedeutet, den man tunlichst aufhalten muss, sondern als „Vergesellschaftungsschub“ (J. Fischer, vgl. Paus/Lingemann, Papier zur grünen Strategiekonferenz Hannover 1997). D. h. als komplexen Prozess, wobei die „neoliberale Abrissbirne“ (W. Brüggem) nur die Oberfläche der Durchsetzung eines umfassend neuen institutionellen Arrangements darstellt („Von Konzernen lernen“). Diese Neuordnung zu verstehen, um darauf aufbauend Programmatik für grüne Zielsetzungen zu entwerfen, sehen wir als Schlüsselaufgabe an, wenn die Kräfte der Veränderung gerade genutzt werden sollen, statt sich ständig dagegen zu stemmen.

Die Debatte im Wirtschaftsbereich verlief allerdings asynchron zur breiten gesellschaftlichen Debatte. Aus landespolitischen Gründen hatten wir uns zuerst mit dem Umgang mit der sog. Daseinsvorsorge auseinander zu setzen. Unser Gegenmodell zur Privatisierungsstrategie des Senats, das den neuen Steuerungstyp von Konzernen auf den politischen Raum übertrug, benötigte als Voraussetzung, dass die Veränderungen der Arbeit, die die Ursache und Begründung für das neue Steuerungsmodell sind, nicht allein als zurück zu rollende Fehlentwicklung gedeutet werden, sondern auch neue Potenziale enthalten.

Die gesellschaftliche Destrukturierung von „Arbeit“ (Reveli), genauer „Lohnarbeit“, wurde aber außerhalb der Diskurse über Neue Arbeit, immaterielle Arbeit, Formwandel der Arbeit etc. lange Zeit nur als kostenminimierender Angriff der Kapitalseite auf erkämpfte und sinnvolle Regulierungen, als Outsourcing, als Abwälzung privater Verpflichtung auf die Gesellschaft etc. gedeutet. Erst mit der gesellschaftlichen Debatte um die Hartz-Gesetzgebung wurde auch der sich durchsetzende neue Steuerungstyp von Arbeit breiter diskutiert.

Aber auch derzeit hindern diese gesellschaftlichen Erkenntnisgewinne natürlich diejenigen, die sich vorher schlicht dem Nachdenken über die Tiefenstruktur dieser Veränderungen verweigerten, die aber heute aufgrund der Kraft der gesellschaftlichen Debatte zumindest faktisch Veränderungen zugestehen müssen, nicht daran, nunmehr den Formwechsel der Arbeit nicht als Voraussetzung, sondern als Folge des politischen Handelns aus zu deuten.

Worum es aber gehen müsste, ist, das Zerbrechen der industriegesellschaftlichen Figur der Lohnarbeit nicht nur im Kontext sozialer Sicherung zu diskutieren, sondern gerade in den

Zusammenhang zu bringen mit den Veränderungen der Unternehmenskonfigurationen, mit den Akkumulationsprozessen im Kapitalmarkt, mit Veränderungen in Marktstrukturen, und dies wiederum programmatisch zu entwickeln zu einem Steuersystemwechsel, zu einer möglichen erweiterten Rolle von Verbraucherschutz, zu Zielstellungen für Corporate Governance, zu neuen Ansätzen von „Dematerialisierung“-Strategien usw.

In jüngster Zeit hat zur Beschreibung des angedeuteten Transformationsprozesses der Begriff „Wandel zur Wissensgesellschaft“ starken Gebrauch erfahren.

Allerdings kann man zwei unterschiedliche Verständnisse von dem, was mit „Wissensgesellschaft“ gemeint wird, unterscheiden:

Ein eher „empirisches“ Verständnis, ausgehend von der überall wahrzunehmenden wachsenden Bedeutung von Wissen. Analytisch geht es in diesem Verständnis dann darum, Cluster, Wachstumspole und Netzknoten von Wissen zu identifizieren, sich mit der Landschaft der Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu beschäftigen und daraus regionalwirtschaftliche Konzepte zu entwickeln. Im weiteren gilt es dann Strategien für Bildungspolitik, für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Raumes mit Bildung, die Notwendigkeit massiver Investitionen in Bildung bis hin zur Notwendigkeit des Wandels des ökonomischen Investitionsbegriffes zu formulieren. Selbstverständlich beschäftigt die LAG Wirtschaft sich intensiv in dieser Weise mit der wachsenden Bedeutung dieses Inputs. Dennoch sieht man oft schon am letztgenannten Punkt, der Notwendigkeit eines völlig anderen Investitionsbegriffes, dass man hier offensichtlich an eine Grenze stößt, die auch theoretisch überschritten werden muss.

Denn wenn man glaubt, es ginge in der Wissensgesellschaft ganz überwiegend darum, mit ganz viel Bildung ganz viel Wissen zu erzeugen, damit so gestärkte kreative Arbeitskräfte ganz viele neue Produkte entwickeln, die unsere alte Produkt-Palette ablösen und von daher die Wirtschaft zu Vollbeschäftigungs-ähnlichen Zuständen zurückfindet, dann verengt sich der Blick auf die Veränderung eines Faktors, auf die These, der Rest verändere sich nur in Hinblick auf die Kraft dieses Faktors, im Prinzip bleibe aber die gesamte ökonomische Struktur im wesentlichen gleich.

Ganz anders, wenn man von einem „theoretischen“ Verständnis von Wissensgesellschaft ausgeht: dann geht man von einer grundlegenden Veränderung im Wertschöpfungstyp aus, dann analysiert man diese Veränderung der Wertschöpfung nicht nur als Wandel in der Gestalt der Arbeit, nicht nur als verstärkten Input von Bildung und Wissen in den Produktionsprozess, sondern zwingend auch die darauf aufbauende Gestalt der Unternehmen, der Güter und Kapitalmärkte, d.h. dann werden sukzessive alle ökonomischen Kategorien erfasst. Nur dann macht der Begriff „Paradigmenwechsel“ überhaupt Sinn. Denn die Analyse der Neuausrichtung einer ökonomischen Kategorie macht nur Sinn im Bezug auf die Neuausrichtung der anderen ökonomischer Kategorien.

Isoliert man dagegen die verschiedenen Elemente, muss man zu programmatischen Irrtümern gelangen. Dies gilt sowohl, wenn man meint, nur eine Kategorie ändere sich, z.B. die Arbeit. Dann wird man aus dem status quo heraus versuchen, die betrachteten Veränderungen mit den Mitteln des alten, untergehenden Arrangements zu bearbeiten. Die politische Katastrophe der Hartz-Gesetzgebung ist dafür beredtes Beispiel. Das Unverständnis ist aber auch vorprogrammiert, wenn versucht wird, enzyklopädisch alle Veränderungsprozesse aufzuzählen, zu beschreiben, sie nebeneinander zu stellen. Altwater/Mahnkopfs „Grenzen der Globalisierung“ ist ein solcher Versuch, der das gesellschaftliche Geschehen zwar

facettenreich vor dem Leser auftürmt, aber eben den Zusammenhang nicht findet bzw. entschlüsselt und daher in einer politischen Sackgasse endet: je mehr man die Wirklichkeit ansieht, desto größer die Wut.

Darum ist die Sicht auf das Zusammenspiel der ökonomischen Dimensionen entscheidend, wenn man programmatisch vorwärts will. Hegel hat dafür das deutsche Wort „Zusammenhang“ reserviert, die französische Regulationstheorie den „Regime“-Begriff genutzt.

Um den roten Faden zu begrenzen und nicht endlos bereits in umfangreicher Literatur dargelegtes wiederholen zu müssen, versucht der folgende Streifzug die neue innere Einheit durch den Focus auf zwei Merkmale in den Blick zu nehmen:

1. Die durchgängige Veränderung des Steuerungstyps und
2. Die Zunahme der „Vergesellschaftung“ der Arbeit durch wissenschaftliche Produktion

Layout des Streifzuges durch das „Akkumulationsregime der Wissensgesellschaft“

- Neuer Basistyp der Arbeitskraft
- Der neue Steuerungstyp
- Neue Unternehmenskonfiguration
- Legitimität und Verwaltungsstaat
- Wissensprodukte
- Trennung von Unternehmung und Vermögensbesitz
- Krise der allokativen Marktstruktur
- Angebotsökonomie neuen Typs
- Überlegungen zu einer wissenschaftlichen Steuer- und Fiskalpolitik

Was noch ausgeführt werden muss:

- Märkte und Verbraucherschutz
- Investition in Humansektoren
- Programmierte Märkte
- Neue Dematerialisierungsstrategie
- Grundeinkommen und Energiegeld
- Diffusität der Wertschöpfung
- Produktivität des Grundeinkommens
- Grundeinkommen und Gemeinwohlorientierter Sektor
- Steuersystemwechsel

Der neue Basistyp der Arbeitskraft

Von ganz rechts bis ganz links herrscht Einigkeit darüber, dass die in den letzten Jahren und Jahrzehnten vorgenommenen Umwälzungen der Produktionsstrukturen einen neuen Typus von Arbeit hervorgebracht haben. Dieser Typ von Arbeit ist davon gekennzeichnet, daß die Subjektivität der Arbeitenden im Vordergrund steht. Ihre Kreativität, Spontaneität, ihr gesamtes Wissen und ihre gesamte Persönlichkeit gehen in ihren Arbeitsprozeß ein. Zu den neuen Qualifikationsanforderungen an die Arbeitenden gehören soziale Fähigkeiten, wie Entscheidungen zu treffen und zu verantworten, soziale Beziehungen aufzubauen, die eigene Arbeit zu organisieren und sich selbst zu ökonomisieren. Rund um die Uhr erreichbar zu sein, ist nicht länger Markenzeichen von Unternehmensvorständen und Workoholics, sondern selbst der/die sich mit Putzjobs durchschlagende „Sans Papier“ muss sich als „Arbeitskraftunternehmer“ (Voss) bewähren.

Dies bildet offensichtlich einen Gegensatz zur bisherigen Gestalt von Arbeit, die davon gekennzeichnet ist, das die Subjektivität des Arbeitenden gerade ausgeschlossen wurde, der „Arbeiter zum Anhängsel der Maschine“ gemacht wird, seine Fähigkeiten und Potenzen vom kapitalistischen Produktionsprozeß in hohem Maße verschleudert werden. Der Taylorismus ("die wissenschaftliche Betriebsführung" im deutschen) organisierte die Auseinanderlegung von Hand- und Kopfarbeit, vollzog immer stärker den Übergang aller Planungselemente und Kompetenzen ins Management, was umgekehrt eine dauernde Dequalifizierung der einfachen Arbeit zur Folge hatte. Mit der Zurichtung auf generelle Verfügbarkeit, Austauschbarkeit, „Homogenisierung“ der Arbeit, was auch die Standardisierung der Qualifikation und Ausrichtung auf Fachqualifikation einschloß, gingen auch die sinnstiftenden, identitätsbildenden Momente der Arbeit früherer Epochen verloren.

Der "subjektive Faktor" des Arbeitsprozesses wurde vom "objektiven Faktor" so strukturiert, dass die Fülle menschlicher Fähigkeiten nicht genutzt, sondern auf wenig reduziert wurde. Subjektivität im obigen Sinne durften nur diejenigen einbringen, die entweder direkte Herrschaftsfunktionen wahrnahmen oder sich in einem Freiraum wie Wissenschaft oder Kunst bewegen konnten.

Wenn man in der Begrifflichkeit von Ausbeutung als der systematischen Verwertung des menschlichen Lebens bleibt, ist unmittelbar klar, dass die bisherigen Formen der Ausbeutung mit ihren der Form der Arbeitsteilung geschuldeten Reduktionen und der massiven "Verschleuderungen" menschlicher Potenzen aus kapitalistischer Sicht suboptimal sind.

Ganz anders nun der neue Charakter von (Massen-)Arbeit, der den Einsatz von Subjektivität nicht nur zulässt, sondern gerade erfordert: Hier schließt manuelle Arbeit intellektuelle Arbeit mit ein, die Trennung von Konzeption und Ausführung, von Kreativität und Mühe wird aufgehoben, die Tätigkeit der Informationsverarbeitung ist obligatorisch, zentrales Moment der Arbeit ist die Fähigkeit, Kooperationen in Gang zu setzen und zu leiten, was ebenso selbstverständlich Kontrollaufgaben beinhaltet wie die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen.

Neuer Steuerungstyp von Arbeit

Wer die neuen Fähigkeiten der Arbeitenden verwerten will, muss Ihnen also Gelegenheiten geben, Entscheidungen zu treffen, Verantwortung zu übernehmen und kreativ zu sein. Mit dem Übergang von der vorwiegend physischen zur subjektiv basierten Wertschöpfung hat sich daher ein neuer Steuerungstyp dieser Arbeit entwickelt. Dieser ist gekennzeichnet von sehr hohen Freiheitsgraden und Eigenverantwortung. Ganz offensichtlich hat „der Kapitalist“ kein Interesse daran, ständig hinter der Arbeitskraft her zu sein. Selbststeuerung, intrinsische Motivation ist gefragt.

Diese Veränderung kann als Übergang vom Typus der Regel- oder Inputsteuerung zur Ziel- bzw. Outputsteuerung beschrieben werden.

Wesentlich ist dabei, dass die traditionelle Struktur: das Management gibt vor, was zu tun ist, die Arbeitnehmerpyramide führt dies aus, vollkommen gebrochen wird. Der Arbeitnehmer wird nicht gesteuert durch Vorgabe dessen, was er machen soll, sondern durch Vorgabe dessen, was herauskommen soll. Wie er das macht, wie er sich seinen Pfad durch das explodierende Informationsdickicht schlägt, wie er die Auswahl der Informationen trifft, die er dann zu Wissen bzw. Problemlösungen verwendet, bleibt ihm selbst überlassen.

Mehr Druck durch mehr Freiheit

Die Einführung des neuen Steuerungstyps „Zielsteuerung“ führt in der Praxis zu unerwarteten Erfahrungen der Arbeitenden. In großen Firmen (z.B. IBM) entdeckten die Mitarbeiter, die nun selbst für ihre Arbeitszeit verantwortlich waren („Vertrauensarbeitszeit“), ja sogar die Länge und Lage ihres Urlaubs selbst planen konnten („Vertrauensurlaubszeit“), die selbst für ihre Projekte personelle und finanzielle Ressourcen innerhalb des Unternehmens akquirieren durften/mussten, dass ihre Arbeitszeit zunahm, Urlaub nicht genommen wurde, die Konkurrenz unter den Mitarbeitern in starkem Masse anwuchs, und die Mitarbeiter die Belange ihrer Familien vernachlässigten. Wichtig war die Erreichung der Projektziele, den Mitarbeitern gelang es zunehmend nicht, die Anforderungen der eigenen Projekte mit anderen sozialen Anforderungen ausgewogen abzugleichen. Niemand kann eine Arbeitskraft mehr ausbeuten als sie selbst - „mehr Druck durch mehr Freiheit“ war die überraschende Erfahrung des Arbeitnehmer.

Ganz offensichtlich stellt der neue Steuerungstyp in Bezug auf die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen neue Herausforderungen. Die von der Arbeitssoziologie breit beobachtete zunehmende Verschmelzung von Arbeit- und Lebenszeit (vgl. Voß et. al.) kann durch die industriegesellschaftlichen Regulationen der Arbeit nicht aufgehalten werden. Die gesamte industriegesellschaftliche Regulierung, die Anerkennung „der Arbeit“ in Form der Verrechtlichung durch Betriebsverfassungsgesetz, Flächentarifverträge etc. wird in der Tendenz unwirksam. Die Forderung nach gesellschaftlicher Arbeitszeitverkürzung kann nicht mehr unmittelbar Aushandlungsgegenstand werden, wenn die Arbeitszeit in die Selbststeuerung der Arbeitenden gestellt ist. Hier braucht es also eine komplexere Herangehensweise.

Hegemonie

Wichtig ist an dieser Stelle die Auseinandersetzung mit einem Einwand, der oft gebracht wird:

Handelt es sich wirklich um einen neuen Basistyp von Arbeit? Beschränkt sich die neue Form der Arbeit nicht nur auf einige Dienstleistungssektoren, einige neue Kreativ-Bereiche?

Und: sehen wir nicht auch massive Tendenzen in die gegenteilige Richtung, eine noch stärkere Taylorisierung, sowohl inländisch in den Niedriglohnsektoren (z.B. McDonalds) als auch global, man denke nur an China.

Die diesen oft gebrachten Einwänden zugrunde liegenden Beobachtungen sind zweifellos richtig. Allerdings ist die Behauptung nicht, dass alle Arbeitsverhältnisse sofort in der beschriebenen Weise umgebaut werden, sondern dass die zugrunde liegende Struktur hegemonial ist.

D. h. gerade die ökonomische Überlegenheit der neuen Produktionsform führt in Bereichen, die ihre Struktur noch nicht umgestellt haben, über den Konkurrenzdruck zu Verschärfungen und unerwarteten Radikalisierungen alter Konfigurationen. Wichtig ist, diese Entwicklungen gerade als Reaktion auf eine hegemoniale Veränderung zu entschlüsseln. Wenn in den noch immer vorhandenen traditionellen Industriebereichen jetzt um Arbeitszeitverlängerung gerungen wird, ist dies ja offensichtlich nicht die Fortsetzung, sondern die völlige Abkehr von einem 150jährigen Entwicklungspfad, die nicht aus der gewohnten industriellen Eigendynamik heraus erklärbar ist, sondern nur aus der gesamtgesellschaftlichen Veränderung, der auch relativ festgefügte Bereiche erfasst und zukzessive umwälzt. Momentan gerät ja auch der letzte Dinosaurier, VW Wolfsburg, in den Veränderungsstrudel.

Dass Vergesellschaftungsschübe sich den Zeitgenossen als Regress darbieten, ist historisch nicht ungewöhnlich, sondern eher die Regel. Das Neue setzt sich gegen das alte durch, indem es dieses an die Wand drückt, mit allen unliebsamen Begleiterscheinungen von Konflikt und Gewalt. Als England die Weltmeere für sich eroberte, schlug der russische Bojar seine leibeigenen Bauern stärker als vorher. Diesen Regress gerade als Folge eines Vergesellschaftungsvorganges zu erkennen, ist das Wichtige. Die in vielen Bereichen zweifellos vorhanden Tendenzen zur Entsubjektivierung, zur Verschärfung von Zwängen und zur Lohnsenkung sind gerade die Folge des überall vorhandenen Wettbewerbes mit dem neuen Paradigma. Dabei spielt auch der vergleichsweise geringe Umfang der neuen Arbeit keine absolut einschränkende Rolle. Im sog. Zeitalter des Imperialismus war die kapitalistische Lohnarbeit gerade mal auf 4% des Globus zu finden, trotzdem war sie hegemonial gegenüber der tradierten Form ländlicher Arbeit und zuständig für Revolutionen und Kriege.

Entwicklungsstadien der Arbeitskraft

Proletarisierter Arbeiter

- *Rohes Arbeitsvermögen*
- *Keine/geringe Qualifikation*
- *Rigides Kommando*
- *Extensive Ausbeutung*
- *Schwache soziale Sicherheit*

Verberuflichter Arbeitnehmer

- *Strukturiertes Arbeitsvermögen*
- *Standardisierte Qualifikation*
- *Prozedurale Steuerung*
- *Intensive Ausbeutung*
- *Soziale Absicherung*

Verselbständigter Arbeitskraftunternehmer

- *Selbstökonomisierung und Selbstverwertung*
- *Entstandardisierte, verbreiterte Qualifikation*
- *Rahmengesteuerte Selbstorganisation*
- *Extensive und intensive Ausbeutung*
- *Hohe soziale Risiken, soziale Absicherung noch offen – gesamtgesellschaftlich oder privat ?*

Neue Unternehmensstrukturen

Worin ist das Überlegene des neuen Arrangements begründet?

Dazu kurz ein Blick auf die veränderten Unternehmensstrukturen, die die neue Arbeit verwerten, um eine erste, vorläufige Antwort zu geben.

Headquarter und Intra-Märkte

Um den neuen Basistyp von Arbeit zu verwerten, hat sich die interne Struktur von Unternehmen verändert. Wir beobachten bei einer ganzen Reihe von großen Unternehmen, dass sich im Kern ein Headquarter bildet, welches die strategische Steuerung übernimmt und qualitative Zielvorgaben definiert. Um die einzelnen Aufträge des Headquarters bewerben sich Teams aus dem Unternehmen heraus. Es werden also künstliche Märkte, sog. Intra-Märkte in den Unternehmen etabliert.

Die frühere, industriegesellschaftliche („fordistische“) Steuerung der Produktion musste die realen qualitativen Prozesse beständig in quantitative Größen übersetzen. Material und Rohstoffmengen, Waren, Arbeitszeiten, neben der eigentlichen Produktion war eine umfangreiche Bürokratie nötig, die an unzähligen Punkten des Prozesses über die Festlegung bestimmter Quantitäten den Gesamtprozess koordinierte und steuerte.

Bei der Anwendung der Zielsteuerung hingegen wird dagegen qualitativ gesteuert, die Ziele werden qualitativ vorgegeben (auch wenn z.B. beim target costing der Marktpreis des Produktes Teil der definierten Zielstellung ist). Damit fällt ein riesiger Kostenblock der regelsteuernden Bürokratie im Unternehmen weg, die notwendigen Quantifizierungen werden von den sich bewerbenden Teams vorgenommen.

An dieser Stelle noch nicht entwickelt, so seien doch einige Aspekte, die später begründet werden hier schon vorausgeschickt:

Die angedeutete veränderte Steuerung im Unternehmen und veränderte Stellung des Unternehmens im Markt (später entwickelt) bringen es mit sich, dass sich das Verhältnis zwischen Unternehmen und Markt bzw. Unternehmen und umgebender Gesellschaft erheblich ändert. An dieser Stelle sei auf zwei Aspekte hingewiesen: Die Produzenten, die Teams, die Akteure im Unternehmen brauchen in hohem Masse Informationen aus dem Markt. Aufgabe des Managements ist nicht (nur) die Monopolisierung von Informationen (gewissermassen als betriebsinternes Herrschaftswissen), sondern die strategische Organisation, dass kontinuierlich Marktinformationen in das Unternehmensgeschehen einfließen und Entscheidungen beeinflussen. Zweitens führt die Überführung direkten Kommandos, von Anweisung und Hierarchie in eine komplexere Steuerungsstruktur, die auf Selbststeuerungselementen aufsattelt, also die Entfaltung von „corporate governance“, dazu dass auch mit Ethik-Zielen intern gesteuert werden muss. Die intern gesetzten Ziele und gesellschaftlich formulierte Ziele können nicht einfach gegeneinander stehen.

Aus beidem zusammen ergibt sich eine veränderte Aufgabenstellung für den Verbraucherschutz: Während es früher vor allem darum ging, für Verbrauchsgüter bestimmte Qualitäts- und Sicherheitsstandards zu definieren und verbindlich zu machen, also gerade die relative Schwäche des Verbrauchers gegenüber der faktischen Stärke der Unternehmen mit staatlicher Hilfe etwas zu kompensieren, ergeben sich nun erheblich verbreiterte Möglichkeiten, vom Markt aus in die Unternehmen hineinzuwirken.

Verwaltungsstrukturen, Verfahrensförmigkeit und Legitimität

Die politischen, rechtlichen und verwaltungsstaatlichen Strukturen sind in einer Gesellschaft nicht davon losgelöst, wie diese Gesellschaft in ihrem Kern produziert und ihr Leben gewinnt. Eine veränderte Arbeitsweise, eine Veränderung der Arbeitsteilung, des Verhältnisses von Hand- und Kopfarbeit, muss auch Veränderungen nicht nur in den Unternehmensbürokratien, sondern auch im Verwaltungs- und Staatsapparat auslösen. Die Kritik an der Figur des Obrigkeitsstaates, die Hinwendung zu einer „dienstleistenden“ Verwaltung ist bekannt und braucht hier nicht durchdekliniert werden.

Wichtig - auch für die programmatische Debatte - ist aber ein gravierendes Problem: So ineffizient die alte Regelsteuerung auch erscheinen mag, sie erzeugte historisch eine neue positive Qualität. Sie produziert per Verfahrensförmigkeit Legitimität. Ein Verwaltungsakt, ein Gerichtsurteil gilt in der Gesellschaft darüber als legitim, dass bestimmte Regeln in Anwendung gebracht, bestimmte Stufen der Bearbeitung durchlaufen, definierte und an diese Stufen geknüpfte Rechte wahrgenommen worden sind. Die strikte Anwendung von allgemeinen Regeln „entpersönlicht“, macht die Entscheidungsfindung vom Einzelnen unabhängig. Dies war ein grosser Fortschritt gegenüber den persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen des Feudalismus (daher die grosse Akzeptanz von „preußischer“ Bürokratie).

Regelsteuerung (mit seinen Quantifizierungen) ist nicht nur ein industriegesellschaftlich durchgängiger Steuerungstyp, sondern Regelsteuerung produziert gleichzeitig auch die industriegesellschaftliche Legitimität.

Das neue Paradigma der Zielsteuerung setzt aber gerade auf die Subjektivität, die Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen, den auf die individuellen Eigenheiten zugeschnittenen Weg zum Ergebnis. Wer in einem Netzwerk das Sagen hat, hängt nicht von allgemeinen Regeln ab, sondern davon, wessen Input von den anderen am stärksten anerkannt wird. Andererseits hat aber im Bereich der Staatlichkeit das alte Paradigma durchaus Gültigkeit und auch Akzeptanz. Niemand fordert, dass die Aufnahme eines Konfliktes durch die Polizei durch den individuellen Beamten beeinflusst wird.

D. h., das neue Paradigma konfliktiert mit der zweifellos bei uns noch vorhandenen Grundstruktur von Legitimität. Es hat selbst noch keine klare, formulierbare Alternative hervorgebracht. Institutionell bewegen sich neuen Formen (governance) immer noch unter dem Dach der alten.

Ein Beispiel für den Konflikt finden wir im Zuge der Hartz-Reformen. Die Profiler und Fallmanager sollen ganz modern im persönlichen Verhältnis, über das contracting das Optimaler für den „Kunden“ herausholen. Gleichzeitig hat aber jene „Kunde“ Rechtsansprüche und wird auch in die Pflicht genommen, sogar unter Strafandrohung von Sanktionen, ist also weiterhin „Verwaltungsobjekt“. Ungeklärt ist aber, wie die Widerspruchsmöglichkeiten aussehen können, wenn das persönliche Verhältnis versagt. Hier findet sich ganz praktisch das gleichzeitige Nebeneinander beider Paradigmen, die in Widerspruch führen müssen.

Die bekannten Schwierigkeiten bei der Verwaltungsreform sind also nicht nur Resultat gesellschaftlicher Trägheit und Widerständigkeit, sondern - so hier die These - haben als Ursache im Kern auch ein ungelöstes Problem. Der öffentliche Sektor ist aufgrund der beschriebenen Diskrepanz immer stärker unter Druck geraten. Die öffentlichen Unternehmen, die aufgrund ihrer Verfasstheit sich im Gegensatz zur privaten Konkurrenz der

Regelsteuerung nicht entledigen können, haben dort, wo sie im Wettbewerb stehen, eine schwierige Ausgangsposition.

Die Frage, wie im neuen Paradigma Legitimität produziert wird, ist bislang ungelöst und wichtige Aufgabe für die programmatische Diskussion. Dies ist um so wichtiger, als offensichtlich ist, dass der Umbau der Verwaltung erst ansatzweise, der Umbau unseres Rechtssystems praktisch noch gar nicht, der Umbau z.B. des institutionellen Gefüges auf internationaler Ebene ebenfalls nur ansatzweise in Angriff genommen sind.

Skizze zum Bürokratieabbau:

Bürokratie billiger machen oder Wechsel im Regulierungstyp?

Die Debatte um Verwaltungsreform und Bürokratieabbau ist davon gekennzeichnet, dass der Wechsel im Steuerungstyp nicht wirklich verstanden ist.

Bislang wird vor allem versucht, in der öffentlichen Verwaltung ein „ökonomisch bewusstes“ Handeln einzuführen. D.h. die von der Verwaltung erbrachten Tätigkeiten werden als zu erstellende Produkte erfasst und bepreist, was die Möglichkeit bietet, die als Produkte gedeuteten Verwaltungsakte kostengünstiger zu erstellen. Weiter knüpft sich daran die Hoffnung, auch die Regulierungsdichte und die Zahl der Verordnungen zu senken unter dem Schlagwort „Bürokratie ist teuer“. Die mit dem Ansatz der Produktsimulation in den Verwaltungsapparat eingeführten Elemente von Budgetierung, Stärkung der Eigenverantwortung, Zielsteuerung, Dienstleistungsmentalität bzw. Kundenorientierung gehen zweifellos in die richtige Richtung.

Dennoch ist offensichtlich, dass die bisherigen Bestrebungen nicht wirklich durchschlagend sind bzw. an eine Grenze stossen. Im Lichte der bisherigen Betrachtungen muss man konstatieren, dass die bisherigen Veränderungen die Struktur der eisernen Pyramide, der durchgängigen Regelsteuerung nicht aufheben (können). Nicht der verursachende Regulationstyp wird verändert, sondern im Rahmen der weiter bestehenden Regelsteuerung wird versucht, Bürokratie billiger zu machen. Dies kann nur in Grenzen gelingen, denn während auf der einen Seite zwar Fortschritte erzielt werden, beschleunigt sich auf der anderen Seite der negative Prozess: die zunehmenden Veränderungen, die wachsenden gesellschaftlichen Kräfte überfordern die Regelsteuerung, weil kein anderer Modus zu Verfügung steht muss in hilfloser Weise mit immer mehr neuen Regeln gegen die Lawine angesteuert werden, die quantitative Zahl der Gesetze, Verordnungen, Regulierungen nimmt daher nicht ab, sondern zu.

Die Zahl der „Lösungsvorschläge“ für ökonomische und gesellschaftliche Probleme, die nach „klaren Regeln!“ rufen, ist auch bei Grünen - leider - Legion.

Eine Vorstellung von Verwaltungsreform zu entwerfen, die sich aus dem Topos „Bürokratie billiger machen“ löst und sich der Frage stellt, wie gesellschaftlich gewünschtes, staatliches Handeln legitimiert werden kann nicht durch Regeleinhaltung, sondern durch Zielerreichung und dabei Anschluß gewinnt an das sich durchsetzende Produktions- und Handlungsparadigma, ist eine zentrale programmatische Aufgabe.

Wissensprodukte

Welcher Inhalt erzwingt die neue Form?

Im Übergang zur Wissensgesellschaft ändert sich nicht nur die Form der Arbeit, auch das Produkt weist neue Eigenschaften auf.

Ein zentrales Merkmal von Wissen ist, dass es nicht weniger wird, wenn es gebraucht wird. Dies gilt auch für Wissensprodukte. Ein Betriebssystem z.B. ist kein Verbrauchsgut, es ist ein Konzept. Ob es 1 Million mal verwendet wird oder 100 Millionen mal, spielt für die Herstellungskosten keine Rolle. Es wird eher mehr, z.B. als Weltstandard. Gleiches gilt für die Herstellung eines Medikamentes, die Rezeptur ist das Entscheidende, die Kosten der Produktion der Tablette sind verschwindend.

Damit unterscheidet sich die Ökonomie von Wissensgütern erheblich von der bekannten industriegesellschaftlichen Fertigung, in der die „Economy of Scale“, der Kampf um Kostenvorteile durch Steigerung der Massenfertigung eine zentrale Rolle spielte und dabei Wettbewerb und Marktstrukturen bestimmte.

Die Unternehmen, die mit ihren Wissensprodukten unsere heutigen, noch immer industriegesellschaftlichen Märkte betreten, werden daher vor die Schwierigkeit gestellt, die Tatsache der beliebigen Reproduzierbarkeit irgendwie zurückzunehmen, kontrollierbar zu machen. Microsoft will verhindern, dass ich sein Betriebssystem kopiere, es versucht also die Kontrolle über meinen Rechner gewinnen, es versucht mit rechtlichen Mitteln das Kopieren unmöglich zu machen, es fährt Monopolisierungsstrategien, die es selbst an den Rand des Zerschlagen-Werdens geführt haben. Im Prinzip muss es mir alle Eigentumsrechte an dem Produkt, was ich gekauft habe, auf die eine oder andere Weise außer Kraft setzen, um die Kontrolle über seine Produkte zu behalten.

Die herkömmliche Marktstruktur ist mit den Wissensprodukten im Kern nicht kompatibel. Um unter heutigen Bedingungen Gewinne zu generieren, werden diese Produkte als Simulationen von Verbrauchsgütern in den ökonomischen Kreislauf geschickt. Dieses Missverhältnis hat z.T. sehr gewalttätige Formen angenommen, denkt man z.B. an Monsanto und den Versuch, Gensaatgut in der Weise figurieren, dass die Bauern jedes Jahr aufs neue eine Schlüsselsubstanz kaufen müssen. Dies hat im engeren Sinne nichts mit der Gentechnik zu tun, sondern die Simulation des Verbrauchsgutes ist die Ursache der hochgewalttätigen Strategien.

Selbstverständlich an dieser Stelle auf die Patente verwiesen. Diese sollen an anderer Stelle breiter diskutiert werden, denn die Debatte um Patentrechte spielt eine politisch-strategische Schlüsselrolle. An dieser Stelle sei nur darauf verwiesen, dass Patente natürlich die beschriebenen Schwierigkeiten nicht lösen. Sie machen sie nur legal. Die Außerkraftsetzung meiner Eigentumsfunktionen, die mit dem Erwerb eines Produktes auf den Käufer übergehen, findet trotzdem statt, nur in legaler Form. Die Ausübung der Eigentumsfunktion wird umgekehrt illegal. Eine Rücküberführung des Wissensproduktes in ein Verbrauchsgut wird durch Patente nicht erzeugt. Auch wenn zunächst den Anschein haben mag, das Problem der unendlichen Anwendbarkeit wird keineswegs dadurch gelöst, dass Dritte von unbefugter Vervielfältigung abgehalten werden.

In der industriegesellschaftlich verfassten Ökonomie, die in ihren Preisbildungs- und Marktprozessen auf Verbrauchsgüter ausgerichtet sind, werden die Wissensgüter als Verbrauchsgüter simuliert.

Die aufgezeigten Probleme gelten keineswegs nur für „reine“ Wissensprodukte. Der Anteil des Wissens an der Wertschöpfung beträgt heute bereits rd. 70%. Alle Produktionen verwandeln sich latent in Wissensprodukte. Auch beim Hühnerei spielt nicht das materielle, das Eigelb oder Eiweiß die Rolle, sondern das Konzept, wie man zu einem gesunden Hühnerei kommt. Dies bedeutet, dass die Schwierigkeiten, sich mit diesen Produkten in den alten Marktstrukturen zu bewegen, sich stark verallgemeinern. Dies ist ein Teil der tiefgreifenden Krise, in der wir uns ökonomisch befinden.

Natürlich gibt es Gegenbewegungen. Ein Medikament, welches nur einmal hergestellt wird, weil es persönlich auf den Nutzer abgestimmt ist, hat es leichter, sich in den alten Preisbildungsprozessen zu bewegen. Der allgemeine Trend zu individuell angepassten Lösungen ist eine Möglichkeiten, sich in den gewohnten Preisbildungsmechanismen länger erfolgreich zu bewegen.

Dies ändert aber nichts daran, dass die vorhandene Marktstruktur dysfunktional wird. Der gewohnte Preisbildungsmechanismus, Produktionskosten plus Gewinnaufschlag, greift nicht. Ein Industrieunternehmen konnte früher durch einen Produktivitätsvorsprung Stückkosten senken und bei Beibehaltung des Preises temporär Extraprofite generieren, bis die Konkurrenz den Vorsprung ausgeglichen hatte und die Preise auf einen neuen Durchschnitt fielen. Ein heutiger Pharmakonzern, der etwa ein Aids-Medikament entwickelt und vertreibt, kennt keine Stückkosten, sondern hat als Bezugsgrößen nur die Entwicklungskosten (einschließlich des weltweiten Patenschutzes) und die Zahl der infrage kommenden Aids-Kranken. Zentrale Größe ist also der Marktumfang. Dies bedeutet, er bewegt sich bei der Preisbildung in einem völlig offenen Raum, sowohl nach oben wie nach unten.

Trennung von Unternehmung und Vermögensbesitz

Die Tatsache, dass, wie angesprochen, die schiere Größe der Unternehmen wichtig geworden ist, verstellt etwas den Blick - insbesondere der Linken - auf ein wichtiges Phänomen, die tiefgreifende Trennung von Unternehmung und Vermögensbesitz. Gerade weil die Global Player, die transnationalen Unternehmen märchenhafte Gewinne einfahren, erscheint es naheliegend, eine Kontinuität vom industriegesellschaftlichen zum wissensgesellschaftlichen Unternehmen zu sehen. Aber streng gefasst ist klar und jeder, der sich mit Problemen des Mittelstandes beschäftigt, weiß es auch: Akkumulation findet heute in den Vermögensmärkten statt. Die Akkumulationsweise der Industriegesellschaft, in der das Großunternehmen der zentrale Ort der Akkumulation war (und die Vermögensbesitzer „nachträglich“ per Dividende partizipierten) ist in die Struktur des Shareholder-value übergegangen. Die funktionelle Einheit des Marx'schen Kapitalisten, von Unternehmung und Vermögensbesitz ist systematisch auseinander gelegt und zwar in ein Unterordnungsverhältnis. Der Vermögensbesitz kauft und verkauft sekundlich die gesamte produktive Struktur des Erdballs, er kommandiert damit das produktive Ensemble. Die „Hierarchie der Märkte“ (mit dem Vermögensmarkt an der Spitze) hatte zwar auch schon Keynes für die Industriegesellschaft postuliert, aber die (in seiner „Fundamentalgleichung“) analysierte Ausgleichsbeziehung zwischen Güter- und Vermögensmarkt benötigt natürlich die Akkumulation zentral im Unternehmen, d.h. die Unternehmensgewinne als Gegengewicht zu den Zinseinkommen.

Dass das Unternehmen nicht länger Fokus der Akkumulation ist, bedeutet, dass das grundlegende Gläubiger - Schuldner - Verhältnis zwischen vorschießendem Kapital und

produzierender Unternehmung nicht den Charakter von Anshub hat, sondern die „Armut“ des produzierenden Unternehmens bildet eine Grundstruktur (es ist die logische Kehrseite der Aussage, dass Akkumulation sich in den Vermögenmärkten vollzieht). Ein Herausarbeiten aus dieser strukturellen Verschuldungssituation ist prinzipiell nicht möglich, nur der Wechsel der Positionen. Z.B. ein mittelständischer Unternehmer, der nach anfänglicher Verschuldung erfolgreich wirtschaftet, Gewinne generiert und Kredite zurückzahlen kann, tritt im nächsten Zyklus natürlich als Vermögensbesitzer auf und vergleicht rationalerweise eine zusätzliche Investition in die eigene Unternehmung mit allen anderen Investitionsmöglichkeiten. Die scharfe Rechtfertigungssituation des Gläubigers hat sich für das Unternehmen nicht geändert. Der erfolgreiche Mittelständler dagegen nimmt jetzt beide Positionen ein. Unternehmerische (Verschuldungs-)Entscheidung und Anlage-Entscheidung sind trotz personaler Einheit des Akteurs streng geschieden. Durch noch so erfolgreiches Wirtschaften kann diese grundlegende Beziehung genauso wenig überwunden werden wie Sklaven durch tüchtiges Arbeiten sich aus der Sklaverei herausarbeiten können. Einem Einzelnen mag eine Freilassung, ein Stellenwechsel gelingen, die Struktur ist durch Anstrengung nicht zu knacken. Dasselbe gilt übrigens für die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, solange der Staat sich „betriebswirtschaftlich“ verhält, weil die Verschuldung ja ebenfalls den investiven Kriterien gehorcht. Sich aus der Verschuldung herausparen zu wollen, gleicht dann Sklaven, die sich durch Hungern aus der Abhängigkeit vom Herrn befreien wollen. Das Ende ist absehbar grässlich. Aber - Spaß beiseite - tatsächlich muss Politik sich befreien von dem Kuddelmuddel im Investorenbegriff. Sie muss systematisch ansetzen an der Unternehmung, also an der Verschuldungsbereitschaft des Unternehmers, nicht an der Anlagebereitschaft des Vermögensbesitzers. Ständig die Situation des Vermögensbesitzers zu verbessern, weil diese in eins gesetzt wird mit „Investitionsbereitschaft“, d.h. real mit der Verschuldungsbereitschaft des Unternehmenden, ist eine kontraproduktive Strategie. Die Bereitschaft, Kapital anzulegen geht als Höhe der Kapitalbeschaffungskosten in das Kalkül des Unternehmers ein. Aber es ist völlig absurd, z. B. deutsche Vermögensbesitzer niedrig zu besteuern, in der Hoffnung, dass die Kapitalbeschaffungskosten für deutsche Unternehmen kleiner werden. Die Kapitalbeschaffungskosten werden dann global niedriger, während das deutsche Unternehmen aber den Verzicht, den der Staat durch seine Großzügigkeit beim Vermögensbesitz an den Tag gelegt hat, über andere Abgaben (z.B. Lohnsteuern seiner Arbeitnehmer) wieder auffangen muß. Die Politik, die mit einem unreflektierten Investorenbegriff operiert und ständig das Davonlaufen des Kapitals (oder das Anlocken desselben) zur Maxime seiner Politik macht, erreicht also das genaue Gegenteil des Intendierten.

Ein ganzes Bündel von empirischen Phänomenen sind mit der These vom Akkumulationsregime des Vermögenmarktes im Zusammenhang zu sehen: Die oft zu beobachtende Verschmelzung von Unternehmensinteressen mit Arbeitnehmerinteressen. Das produktive Ensemble findet sich auf derselben Seite wieder und ist den Vermögensbesitz-Interessen entgegengesetzt. Außerdem ist in diesem Zusammenhang auch das bereits angesprochene Phänomen verständlich, dass Einkommen sich tendenziell immer weniger als Arbeitseinkommen und immer stärker als Kapitaleinkommen darstellt.

Diese einfache Erkenntnis muss programmatisch weitreichende Folgen haben, erfordert eine andere Steuer- und Fiskalpolitik, andere Wirtschaftspolitik, auch eine andere Haushaltspolitik.

Eine radikale Angebotsökonomie?

Wir haben gesehen, dass mit der Entfaltung eines neuen Basistyps von Arbeit die stark physisch basierte Arbeit alten Typs immer stärker zum Subventionstatbestand wird. Zunächst

beobachten wir ein Absinken im Preis (also im Lohn); der Markt vergleicht diese Arbeit mit der psychischen Arbeit mit ihren Effizienzen von intrinsischer Motivation, Selbststeuerung, Selbstökonomisierung, Selbstvermarktung und wertet die tayloristisch organisierte Arbeit stark ab. Menschen müssen nun 50 Stunden in der Woche arbeiten, um ihr altes Einkommensniveau zu halten bzw. das Einkommen sinkt ab.

Der Prozeß der Ausdifferenzierung ist damit aber nicht zuende: es wird klar, dass Arbeit (alten Typs) immer stärker subventioniert und angeboten werden muss, um überhaupt ökonomisch die Bühne betreten zu können. Gleichzeitig ist aber zu sehen, dass die neue Art zu arbeiten in den Formen bereits enthalten ist, die heute freiwillig und weitgehend unbezahlt getan werden: der ganze Bereich des Ehrenamtes, das politische, soziale und gesellschaftliche Engagement vom Internetseitenersteller über den Jugendtrainer bis zur Hausgemeinschaft. Bleiben wir mal beim Beispiel Internetseitenerstellung: Neben dem professionellen Bereich sind hier Legionen von Freiwilligen am Werk, die ihr Wissen ins Netz stellen.

Man kann die These aufstellen, dass in der Perspektive dieses Handelns eine radikale Angebotsökonomie steht. Sicherlich nicht im Sinne der bisherigen Verwendung des Begriffes Angebotsökonomie, die die Senkung des Preises der Angebotsfaktoren Kapital und Arbeit meint (um die Nachfrage danach zu erhöhen). Sondern streng wissenschaftlich gedacht: weil Wissen an sich nicht nachfragbar ist. Wer Wissen bewerten will, muß es bereits kennen, also es auch bereits haben. Nachfrage im Sinne einer Möglichkeit der Bepreisung gelingt nur bei kodifiziertem Wissen, wenn es bereits kanonisiert ist, die Wissensbestände also im Prinzip bekannt und dann an x-tausend Leute mit Hilfe einer Ausbildung weitergegeben wird. Eine solche Struktur des Wissen ist ökonomisch zu verorten, preislich zu quantifizieren und damit auch nachzufragen. Andere Strukturen von Wissen sind darauf angewiesen, sich selbst zu präsentieren, um wahrgenommen werden zu können von denen, die dieses Wissen vielleicht auch gebrauchen könnten. Wer Informationen oder zu Wissen verarbeitete Informationen besitzt, trägt allein selbst die Verantwortung, diese der Gesellschaft zugänglich zu machen.

Was hier für Wissen im engeren Sinne beschrieben wird, gilt für einen breiter angelegten Begriff von subjektiver Arbeit ebenfalls.

Mit dem beschriebenen Prozess stärkerer Vergesellschaftung, dem Wechsel zu einer Arbeitsweise, wo das Produkt nicht isoliert konsumiert wird, sondern mit dem Konsum gleichzeitig gewissermaßen als Konzept erhalten bleibt, wo Arbeit also einen Input in einen gemeinsamen Fundus liefert (Allmende) überträgt die Gesellschaft dem einzelnen Akteur die Aufgabe, seine Fähigkeiten in den gemeinsamen Pool einzuspeisen.

Im Augenblick organisiert sich dies durch (ökonomischen) Zwang. Die Gesellschaft fragt nicht die Fähigkeiten der Einzelnen nach (auf dem Arbeitsmarkt offensichtlich!), sondern zwingt die Einzelnen, ihre Fähigkeiten anzubieten und irgendwie einzuspeisen, bei Strafe der materiellen Herabstufung und bei Strafe des Ausschlusses aus den gesellschaftlichen Netzwerken.

Dabei ist der Zwang der materiellen Verelendung offensichtlich kontraproduktiv. Es lässt sich sofort die Vorstellung entwickeln, dass die Zugehörigkeit, die Teilhabe an den gesellschaftlichen Netzwerken, die Anerkennung etc., kurzum die volle gesellschaftliche Integration ein vollkommen ausreichendes Anreizsystem bzw. „Druckmittel“ bildet, um die Einzelnen zu bewegen, in die gemeinsamen Pool von Fähigkeiten das ihre einzuspeisen.

Überlegungen zu einer wissensgesellschaftlichen Steuer- und Fiskalpolitik

Wie gesehen, ist Wissen nicht knapp, kann nicht knapp werden. Verbrauchsgüter sind dagegen per se knapp. Wissensproduktion (und damit: wissensgesellschaftliche Produktion) ist in ganz anderer, neuer, intensiverer Weise gesellschaftlich, denn Wissen existiert von vornherein nur gesellschaftlich, Wissensproduktion geschieht nur in Strömen, nie isoliert. Dies führt zu Problemen einer radikal veränderten gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Inputs in den gesellschaftlichen Produktionsprozess sind schwer zuzurechnen, die Inputs und Outputs entkoppeln sich wesentlich stärker als bisher. Das industriegesellschaftliche Steuersystem baut auf einem Begriff von „Leistungsfähigkeit“ auf, der voraussetzt, dass derjenige, der Werte schafft, diese auch selbst aneignet und von daher ein geeignetes Steuersubjekt ist.

Die grüne Debatte geht allerdings (richtiger- und erfreulicherweise) davon aus, dass diese materielle Seite („Eigentum“ = Recht zum Verbrauch) in den Hintergrund tritt gegenüber „Zugang“ (= Teilhabe an einem gesellschaftlichen Reichtum), Zugang zum gesellschaftlichen Wissen, was nicht verbraucht wird.

Steuerlich richtig ist es in dieser Perspektive, nicht die Wertschöpfung zu besteuern, den Input in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, sondern die Entnahme, den Output. Wenn also Arbeit (in traditioneller Struktur) immer stärker zum Subventionstatbestand wird und Einkommen sich immer stärker als Vermögenseinkommen darstellt, dann bedeutet dies steuerstrategisch:

- Nicht Inputs besteuern, nicht Arbeit, nicht die unternehmerische Tätigkeit.
- Sondern Outputs besteuern, Entnahmen aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess, sei es in der Form von Vermögenseinkommen bzw. Kapitalerträgen, sei es als Verbrauch von Gütern (Mehrwertsteuer), sei es als Verbrauch von Ressourcen (Ökosteuern, Grundsteuern).
-

Auch eine Beteiligung am Zertifikatehandel sollte Steuerobjekt werden.

Es soll gar nicht bestritten werden, dass möglicherweise Wertschöpfung und Wertaneignung auch zusammenfallen können, dass es durchaus auch massenhaft Wirtschaftakteure geben mag, für die der alte Begriff der Leistungsfähigkeit im tradierten Sinne noch greift. Aber deswegen ist es trotzdem richtig, auch dort, wo ein Akteur den von ihm geschaffenen Wert selbst aneignet, auf der Basis der Aneignung zu besteuern, nicht auf der Basis der Wertschöpfung plus Unterstellung, er würde sicherlich der geschaffenen Werte auch selbst habhaft.

Diskursstrategisch bedeutet dies, die Diskurse zu indirekten Steuern, zu Lohnnebenkosten, zur Unternehmensbesteuerung etc. aus ihren noch industriegesellschaftlichen Motivationen weiterzuentwickeln auf eine wissensgesellschaftliche Gesamtausrichtung.

Wenn man sich von der Fixierung auf einen Begriff der steuerlichen Leistungsfähigkeit gelöst hat, der die Einheit von isolierbarer Wertschöpfung und isolierbarer Wertaneignung voraussetzt (man kann den Begriff der Leistungsfähigkeit natürlich praktisch auch erst mal weiterbenutzen, man muss ihn nur ausschließlich auf der Entnahmeseite ansiedeln), kann man sich auch der Frage der Globalisierungsfestigkeit von Steuern nähern, und zwar ohne die verlorene nationalökonomische Regulierungsfähigkeit nunmehr auf internationale bzw.

globale Ebenen zu projizieren, eine Weltregierung zu fordern oder „we shall overcome - one day!“ zu singen.

Sondern selbstverständlich muss der jetzige radikale Vergesellschaftungsschub die Basis sein, auf der eine neue Besteuerungsfähigkeit aufsattelt.

Kern des heutigen Dilemmas ist das Auseinanderfallen der Ansprüche, die die Vermögenden (oder die Ertragreichen) gegen die Gesellschaft haben und der Ansprüche, die die Gesellschaft umgekehrt gegen die Vermögenden hat.

Die Gesellschaft garantiert Vermögenswerte, also Ansprüche in welcher Form auch immer, ohne jeden Zusammenhang der Besteuerung. Seien es Immobilienbesitz (durch Grundbucheintragung), seien es Ansprüche gegen Dritte durch das Rechtssystem, seien es Ansprüche gegen die Gesellschaft - nicht der gesellschaftliche Charakter ist die Grundlage der Besteuerung. Perfekt ist dieser Zusammenhang im Geld(schein). Der Staat garantiert den innergesellschaftlichen Anspruch jedweden Geldbesitzers völlig ohne Ansehung und Kenntnis des Erwerbes dieser Ansprüche. Stattdessen versucht der Staat immer dort zuzugreifen, wo Erträge entstehen, wo Zuwachs geschieht. Der Staat muss daher den gesamten ökonomischen Prozeß mitschneiden, um der (positiven) Differenz habhaft zu werden, um dem Wirtschaftsakteur nachzuweisen, dass er einen positiven Saldo hat, etc.

Dort, wo ein nationaler Staat seine nationalen Wirtschaftsakteure zusammenfasst, er korporatistisch für Vermittlung, Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen sorgt, die Wirtschaftsakteure selbst ein Interesse an der Finanzierung dieses Rahmens entwickeln, dort hat der Staat auch ausreichenden Zugriff auf die ökonomischen Prozesse.

Anders wird es jedoch, wenn es nicht nur darum geht, Erträge ins Ausland zu verlagern (dann brauchen wir eben eine Weltregierung), sondern zusätzlich auch darum, das die Zurechenbarkeit überhaupt schwierig wird (was den Verlagerern zusätzlich nützt). Steuerpolitik kann nicht hinterher forschen. Da wo sogar objektiv der Zusammenhang entwindet (und nicht nur verschleiert wird), besteht sogar die Gefahr der Willkür bei der Zurechnung. Zukunftsfähige Steuerpolitik muß deshalb dort ansetzen, wo der Steuerpflichtige selbst auf die Gesellschaft zukommen muß, weil er selbst ein Anliegen hat (übrigens ein altes, quasi vor-industriegesellschaftliches Grundprinzip).

Dies setzt in einer Wissensgesellschaft bei der Partizipation an, daran, dass Vermögen immer Ansprüche gegen die Gesellschaft sind.

Dabei wird Kapitalflucht genauso irrelevant wie Ertragsflucht. Wer hier sein Vermögen einsetzen will, um Zuwächse zu erzielen, wird hier besteuert - nicht bei der Investition, sondern bei der Entnahme. Wer in der Spielbank spielt, zahlt sein Eintrittsgeld nach Maßgabe dessen, wie viel er mit nach Hause nimmt, nicht mit wie viel er gekommen ist und nicht ob er positiven Saldo gemacht hat. Wer sein Vermögen lieber auf den Cayman-Inseln hält, kann dies tun, dann sollen die Cayman-Inseln dafür sorgen, dass er seine Ansprüche realisieren kann. Wenn er aber mit seinem Vermögen an den Resultaten unseres wissensgesellschaftlichen Produktionsprozess partizipieren will, dann zahlt er hier.

Deshalb ist die Enttabuisierung der Besteuerung von Bestandsgrößen ein politisch wichtiges Projekt. Übrigens kann man auch diejenigen, die daran festhalten, dass nur „Gewinne“ im alten Sinne richtiger Ansatzpunkt der Besteuerung sind, etwas beruhigen. Sicherlich kann man darüber diskutieren, ob Vermögen Resultat von Einkommen ist oder seine Voraussetzung. Selbstverständlich ist beides richtig (Begriff des Kapitals). Bestandssteuern lassen sich theoretisch immer in Ertragssteuern überführen. Die Differenz liegt wesentlich in der Pauschalierung, die damit vorgenommen wird. Damit wird aber der Zugriff um Größenordnungen vereinfacht, teilweise überhaupt erst möglich. Dies macht übrigens den „pragmatischen“ Charme der niederländischen Sollertragssteuer aus. Ob eine Abgeltungssteuer auf Bestandsbasis das richtige ist, soll hier dahingestellt bleiben, aber wichtig ist, dass es einem Partizipations-Steuerprinzip folgt.